

# Droht Zwangsfusion im Nordosten?

**KOMMUNALREFORM** VG Stromberg muss sich verändern / Potenzieller Partner Langenlonsheim wehrt sich

**VG STROMBERG/VG LANGENLONSHEIM.** Im AZ-Interview beantwortete die Bürgermeisterin der VG Stromberg, Anke Denker (SPD), die Fragen, denen sich die VG Stromberg wegen der vom Land geforderten Fusion in den nächsten Monaten stellen muss. Die Amtszeit der 64-jährigen Verwaltungschefin begann 2005 und würde planmäßig 2021 enden. Eine Zerschlagung ihrer VG kommt für Denker auf keinen Fall in Frage.

**Frau Denker, wie ist die aktuelle Ausgangslage in Sachen Kommunal- und Verwaltungsreform?**

Wir wissen schon länger, dass unsere Verbandsgemeinde zu den VGs gehört, die fusionieren sollen. Mitte Juli haben wir bei einer Veranstaltung auf Schloss Waldthausen erstmals davon gehört, dass es auch Verbandsgemeinden mit „passivem“ Veränderungsbedarf gibt. Davon ist die VG Langenlonsheim betroffen.

## INTERVIEW

**Welche Alternativen zu einer Fusion mit der VG Langenlonsheim wurden von Ihnen in Erwägung gezogen?**

Die im Norden angrenzende VG Rheinböllen ist nicht unser Orientierungspunkt. Einzelne Ortsgemeinden der benachbarten VG Rhein-Nahe könnten gut in die VG Stromberg passen, aber die VG Rhein-Nahe hat aus Sicht der Landesregierung keinen Veränderungsbedarf. Stattdessen favorisiert das Land eine 1-zu-1-Fusion mit der VG Langenlonsheim. Diese könnte ich mir gut vorstellen, sie wäre aus meiner Sicht die beste Lösung. Denn wir kooperieren bereits im Abwasserzweckverband Guldenbach-

tal, bei der Wasserversorgung Trollmühle und auch im kirchlichen Bereich. Kollege Cyfka hat mir gegenüber bereits erklärt, dass er eine Fusion ablehne, nachdem er die Haushaltspläne beider VGs verglichen habe.

**In CDU-Kreisen soll noch eine andere Variante diskutiert worden sein. Was sagen Sie dazu?**

Es gibt Denkmodelle, die nördlichen Gemeinden Seibersbach, Dörrebach und Daxweiler der VG Rheinböllen zuzuschlagen sowie die östlichen Gemeinden Warmsroth und Roth in die VG Rhein-Nahe zu geben. Schöneberg käme zur VG Rüdeshaim. Eckenroth, Schweppenhausen und Waldlaubersheim würden von der VG Langenlonsheim aufgenommen. Nur für die Stadt Stromberg haben die CDU-Strategen beim Kreisparteitag noch keine neue Heimat gefunden. Bei diesem Modell würden Kreisgrenzen überschritten. Eine Aufteilung unserer VG kann ich mir nicht vorstellen, auch aus Sicht des Landkreises Bad Kreuznach. Wie gesagt, Denkmodelle aus Kreisen der CDU.

**Welche Zukunft streben Sie denn für die Verbandsgemeinde an?**

Für eine Aufteilung meiner VG stehe ich nicht zur Verfügung. Die Entwicklung, die die Verbandsgemeinde Stromberg in den letzten Jahren gemacht hat, kann sich sehen lassen. Es ist richtig, dass durch den Bau des Panoramabades und insbesondere der hohen Investitionen im Bereich der Feuerwehr und der Schulen Investitionskredite aufgenommen werden mussten. Aber dabei ist zu berücksichtigen, dass Stadt und Verbandsgemeinde Millionen von Euro in den Aufbau der IGS investiert haben. Seit 2006 haben wir eine Vielzahl an Feuerwehrfahrzeugen angeschafft, sowie mehr als 1,2 Millionen Euro in Feuerwehrhäuser investiert. Den 2,8 Millionen-Krediten für den Gewerbepark Waldlaubersheim stehen zu veräußernde Grundstücke im gleichen Wert gegenüber. Ich sehe in einer zukünftigen „Verbandsgemeinde Guldenbachtal“ die stärkste Verbandsgemeinde im ganzen Landkreis Bad Kreuznach.

**Wie geht's jetzt weiter?**

Ich habe die zuständigen Referenten des Innenministeriums zu einer Verbandsgemeinderatssitzung am Donnerstag, 17. November, eingeladen. Abteilungs-



**Wohin geht die Reise für die VG Stromberg? Die „Rechtsabbiegerspur“ Richtung Langenlonsheim könnte sich rasch als Sackgasse erweisen.** Archivfoto: Benjamin Hilger

leiter Gunther Fischer und sein Kollege Bernhard Schröder sollen uns informieren, wie sich das Land die Umsetzung der Kommunal- und Verwaltungsreform vorstellt. Ich hoffe, dass unser Verbandsgemeinderat in dieser Angelegenheit mit einer Stimme sprechen wird und sich nicht auseinanderdividieren lässt.

**Welche Wünsche hegen Sie derzeit in Richtung Langenlonsheim?**

Ich kenne den Beschlussvorschlag für die Sitzung des Langenlonsheimer VG-Rates nicht. Es wäre wünschenswert, wenn

„*Das Land hat mir gegenüber keinen Zweifel daran gelassen, dass es ernst machen wird.*“

Anke Denker (CDU),  
VG-Bürgermeisterin, Stromberg

Kollege Cyfka die Beschlusslage etwas offen halten würde und nicht vorschnell Pflöcke eingeschlagen werden, die später wieder schmerzlich herausgezogen werden müssen. Das Land hat mir gegenüber keinen Zweifel daran gelassen, dass es ernst machen wird und am Ende eine Zwangsfusion per Landesgesetz anordnen könnte. Eine Entscheidung des VG-Rates könnte von uns schon im zweiten Quartal 2017 eingefordert werden. Sollte es beim Fusionstermin 1. Januar 2019 bleiben, gibt es viel zu tun.

Das Interview führte  
Norbert Krupp.



**Anke Denker spricht im AZ-Interview Klartext: „Für eine Aufteilung der VG stehe ich nicht zur Verfügung.“** Foto: Norbert Krupp

## VON VOLLEN KASSEN UND „PASSIVEN“ VERÄNDERUNGEN

- Der **VG-Rat Langenlonsheim** wird sich in seiner Sitzung am 26. Oktober mit der Frage befassen, wie er zu einem Zusammenschluss (Fusion) mit der VG Stromberg steht. Denn diese verfügt nicht über genug Einwohner, Ortsgemeinden und Fläche, um nach den Vorgaben des 2010 verabschiedeten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform weiterhin selbstständig zu bleiben.
- „**Aktiver Veränderungsbedarf**“, heißt das im Fachjargon. Daraus ergibt sich für die einzige Nachbar-VG im Kreis Bad Kreuznach, also die VG Langenlonsheim, ein „**passiver Veränderungsbedarf**“, obwohl diese mit Blick auf

die genannten Kriterien eigentlich wie bisher fortbestehen könnte.

► Bürgermeisterin Anke Denker (SPD, VG Stromberg) wurde schon im Juli durch die Landesregierung informiert, dass sich ihre Verbandsgemeinde **um eine Fusion bemühen muss**.

► Ihr Kollege **Michael Cyfka** (CDU, VG Langenlonsheim) räumte öffentlich ein, dass er „**geschockt**“ gewesen sei, als er Anfang August in Mainz erstmals vom „passivem Fusionsbedarf“ seiner VG erfahren habe.

► Der VG-Rat hat zwar noch nicht beraten und entschieden, aber nach allem, was aus der VG Lan-

genlonsheim zu hören ist, wird die Zwangsehe mit den Stromberger Nachbarn abgelehnt. Die **ungleiche finanzielle Situation** lässt keine Begeisterung aufkommen: Die Langenlonsheimer verfügen über fast vier Millionen Euro Rücklage, während die Stromberger wegen ihrer Verschuldung und Finanzschwäche durch Schlüsselzuweisungen des Landes unterstützt werden.

► So dürfte die Entscheidung des Langenlonsheimer VG-Rates schon feststehen, in dessen Beschlussvorlage zu lesen steht: „(...) Eine Fusion würde **ausschließlich auf Kosten der VG Langenlonsheim** durchgeführt.“